

Verabschiedete Fassung der Delegiertenversammlung am 26.09.2020

Antrag zur Delegiertenversammlung 2020 TOP 12.2

Stellungnahme Kolpingwerk Landesverband Oldenburg WOHNEN – die neue gesellschaftliche Herausforderung

Mit Sorge sieht das Kolpingwerk Land Oldenburg die Entwicklung, dass bezahlbarer Wohnraum nicht nur für Geringverdiener/innen und Rentner/innen mit niedriger Rente zu einer schwierigen Herausforderung gerät. Nein, auch Menschen mit mittlerem Einkommen und vor allem Familien haben inzwischen zunehmend Probleme eine bezahlbare und ausreichend große Mietwohnung zu bekommen.

Trotz Bundesförderung mangelt es auch im ländlich geprägten Niedersachsen zunehmend an Wohnraum zu bezahlbaren Mietpreisen. Die Zahl der Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen ist in Niedersachsen in den letzten Jahren um 15% gesunken.

Wir halten diesen Zustand auf Dauer für schlicht nicht hinnehmbar und weisen hier auf eine gravierende Fehlentwicklung mit nicht zu unterschätzendem sozialen Sprengstoff hin. Der ländliche Raum darf im sozialen oder bezahlbaren Wohnungsbau nicht vernachlässigt werden.

Daher gilt es der Fehleinschätzung, dass die Begriffe `bezahlbares Wohnen´ bzw. `öffentlich geförderter Wohnungsbau´ in der öffentlichen Wahrnehmung mit Sozialwohnungen mit unterstem Mieterklientel gleichgesetzt wird, entgegenzutreten. Vielmehr geht es darum, dafür zu sorgen, einem dem Haushaltseinkommen angepassten Mieten (max. 30%) zu ermöglichen. Hiervon profitieren vor allem Alleinerziehende, Geringverdiener, Azubis oder Berufsanfänger. Dies entspricht dem Allgemeinwohl.

Daher fordern wir das Land Niedersachsen, die Landkreise, die Städte und Gemeinden auf, alles zu tun, damit Familien und Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen zukünftig ausreichender und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

Konkret fordern wir von allen hier verantwortlich Handelnden, dass es keine weitere Verschärfung der Bauvorschriften geben darf, (z. B. EnEV, Aufzüge ab 5 Wohneinheiten), Mehrfamilienhäuser auch in neuen Siedlungsgebieten ausgewiesen werden und ein nachfrageorientiertes Bauen erfolgt. Aktuelle Förderungen z. B. der N-Bank und der KfW müssen unangetastet bleiben und im Idealfall ausgeweitet werden. Grundstückspreise sind in den letzten Jahren in vielen Gebieten unverhältnismäßig gestiegen und müssen zukünftig moderat gehalten werden.

Die Notwendigkeit bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, muss darüber hinaus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden, die uns alle betrifft, denn Wohnen ist ein Menschenrecht und für uns ein Grundrecht! Es muss ein Umdenken in der Bevölkerung dahingehend einsetzen, dass bezahlbarer Wohnraum als ein Gut - ja als ein selbstverständliches Recht für alle verstanden wird. Jeden einzelnen Menschen sehen wir hier in der Pflicht in der öffentlichen Wahrnehmung hierfür einzutreten.

Daran wollen wir als katholischer Sozialverband, im Rahmen unserer Möglichkeiten gerne mitwirken. Wir fordern alle politisch Verantwortlichen auf, Fehlentwicklungen auf dem Miet-Wohnungsmarkt entgegenzuwirken. Der soziale und bezahlbare (Miet-)Wohnungsbau muss auf allen politischen Ebenen höchste Priorität haben.

Für den Landesvorstand:
Thorsten Siefert
Vorsitzender Fachausschuss
`Arbeit und Gesellschaft sozial gestalten´